

## **Einen Wunderschönen Guten Abend!**

**Liebe Unwort-Fotografinnen und Unwort-Fotografen,**

**sehr verehrte Damen und Herren, liebe Gäste,**

**liebe Freundinnen und Freunde - ein herzliches Hallo!**

Es ist für mich eine Ehre zur diesjährigen Vernissage der Unwort-Bilder - noch dazu zum zehnjährigen Jubiläum dieser außergewöhnlichen Bilderausstellungen - einige Sätze sagen zu dürfen.

Es ehrt mich zum einen deshalb, weil ich das fotografische Schaffen der heute Ausstellenden und die Diskussionen, die sie damit auslösen, schon seit Jahren mit Begeisterung verfolge.

Zum anderen, weil mich die Themen: europäischen Integration, Arbeit und soziale Sicherheit - die als Diskurs- und Politikfelder hinter dem Unwort „Sozialtourismus“ zum Vorschein kommen - persönlich und von Berufs wegen interessieren.

Beim Unwort „Sozialtourismus“ geht es um dieses Vorurteil:

„Zuwanderer aus Osteuropa kommen nach Deutschland, um Sozialleistungen zu schmarnotzen!“

Die Entscheidung der Unwort-Jury, „Sozialtourismus“ zum Unwort des Jahres 2013 zu wählen, fiel in die Zeit, in der sich die Debatte um europäische Freizügigkeit und Zuwanderung nach Deutschland in folgender Formulierung zuspitzte:

„Wer betrügt, der fliegt!“ Das sagte Horst Seehofer – Ministerpräsident von Bayern - am 9. Januar dieses Jahres auf der CSU Klausurtagung in Wildbad Kreuth.

Die Vorgeschichte zu dieser Abschiebe-Drohung begann genau ein Jahr früher im Januar 2013 mit dem so genannten „Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien“

Dieses Papier – welches die Situation finanzschwacher Kommunen schildert - war zwar als Hilferuf gedacht, die dramatische Beschreibung der Lage trug aber zu einer Stigmatisierung ganzer Bevölkerungsgruppen bei.

Der bisher wenig durch Wortgewandtheit aufgefallene ehemalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (seit kurzem auch ehemalige Bundesagrarminister) setzte diesem Papier noch eins drauf und warnte Ende Februar 2013 in der Rheinischen Post vor einer neuen Dimension von - so wörtlich: „Armutszuwanderung“ und orakelte:

Zitat: „Wenn sich dann erst einmal herum gesprochen hat, was in Deutschland mit Sozialleistungen möglich ist, können wir uns auf etwas gefasst machen.“ Zitat Ende.

Organisationen, die Bürgern den Zugang zu deutschen Sozialversicherungen eröffnen, würden „wie Pilze aus dem Boden schießen“, so seine Worte. (Ich bin geneigt zu sagen: gut, dass er kein Minister mehr ist!)

Es war klar, dass rechtsextreme Organisationen wie die NPD diese Äußerungen als Steilvorlage nahmen und 2013 einen rassistischen Bundestagswahlkampf führten.

In einem Flugblatt prognostizierten sie: hunderttausende „Wirtschaftsflüchtlinge“, warten nur auf den 1. Januar 2014, den Tag der Aufhebung der Freizügigkeitsbeschränkung für bulgarische und rumänische Staatsbürger(inn)en.

Schon seit 2004 hat die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ wiederholt Stimmung gegen so genannte „Sozialtouristen“ gemacht und den Vorwurf des Sozialmissbrauchs rassistisch auf bestimmte Bevölkerungsschichten gelenkt. (Butterwegge:2014)

Auch in der jüngsten Debatte zu Beginn dieses Jahres um die Freizügigkeit von bulgarischen und rumänischen EU-Bürger(inn)en war dieser rassistische Unterton deutlich wahrnehmbar.

Bulgaren und Rumänen werden kurzerhand zu so genannten „Zigeunern“ erklärt und entsprechende Bilder gehen auf: Farendes Volk, Gesindel, Diebe... dabei leben derzeit nur ca. 70.000 Sinti und Roma in Deutschland: das sind Ingenieure, Studierende, Arbeiter und Angestellte und Künstler... Die Wissenschaft spricht hier von Antiziganismus, der durch diese Vorurteile aufgerufen wird.

Den „Christsozialen“ kann man - allein schon, weil sie sich so nennen - vorwerfen, dass sie vor den anstehenden Kommunal- und Europawahlen eine antiziganistische Kampagne gestartet haben, die wohl Wasser auf ihre Wahlkampfmühlen leiten soll (ebd.) – und nicht wenige Medien haben mitgemacht.

Nimmt man die Fakten zur Kenntnis – das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, eine staatliche Behörde (aus Nürnberg), hat das gründlich untersucht – findet das Gerede von „massenhaften Ansturm auf unsere Sozialsysteme“ wider besseres Wissen statt.

Die Zahlen sind so deutlich, dass ich sie nennen muss:

Derzeit leben ca. 400.000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland. Mehr als die Hälfte der Erwerbsfähigen (18 – 65 jährigen) von ihnen ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt (126.000). 29.000 beziehen Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Sie sind aber keineswegs Vollbezieher, sondern so genannte „Aufstocker“.

Das heißt: sie erhalten für ihre Arbeit so wenig Geld, das es nicht zum Leben reicht. Insgesamt sind aber viermal mehr Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt und zahlen ordentlich in die Sozialversicherung ein. Unterm Strich also ein Plus für die deutsche Sozialkasse. (vgl. DGB:2014 und IAB:2013)

Und was oft ebenfalls verschwiegen wird: den meisten Zuwanderern wird schon längst jeglicher Leistungsanspruch vorenthalten (ebd.). Gerade auf Drängen Bayerns ist schon 2007 eine - europarechtlich höchst zweifelhafte - Bestimmung in das Sozialgesetz (SGB II) eingefügt worden, die arbeitslose und arbeitssuchende EU-Ausländer pauschal von Hartz IV Leistungen ausschließt.

Die Fakten lassen keinen anderen Schluss zu: Die Verwendung des Begriffs „Sozialtourismus“ im Zusammenhang mit der bestehenden Freizügigkeit für alle EU-Bürger ist gezielter Populismus, besonders mit Blick auf die kommenden EU-Wahlen.

Und schlimmer noch: dieser Populismus ist rassistisch!

Es ist doch bemerkenswert, dass bei anderen zugezogenen Arbeitskräften – zum Beispiel bei der Deutschen Bank: Anshu Jain oder Josef Ackermann ihre Herkunftsländer Indien und Schweiz nie eine signifikante Rolle in der öffentlichen Debatte spielten.

Bulgarische und rumänische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen jedoch per se Sozialbetrüger sein. Gut fand ich, dass Peter Maffay in dem Zusammenhang darauf hingewiesen hat: Hallo! Ich komme auch aus Rumänien! (taz, 18.02.2014)

Klar gibt es in Osteuropa Kriminalität, wie überall...  
Sogar in Deutschland soll es das geben!

Menschen aus Osteuropa aber deshalb unter Generalverdacht zu stellen wäre das Selbe, als würde man alle Fußballmanager und alle Feministinnen zu Steuerhinterzieher erklären und alle Autoclubmanager zu Betrügern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Vorurteile sind bearbeitbar, man kann sie reflektieren und ändern,

Unbegründeter Panikmache kann man Fakten entgegenhalten,

Rassismus jedoch, macht Stimmung gegen Menschen und missachtet dumpf jegliches Gegen-Argument.

Deshalb müssen wir uns offenem und verstecktem Rassismus in jeder Form entgegenstellen!

Das fängt mit der Sprache an.

Und deshalb lohnt es sich, der durch die Unwort-Jury angeregten Kritik am Begriff „Sozialtourismus“ nachzugehen und die rassistischen Aspekte ebenso wie die gesellschaftspolitischen Konflikte, die sich dahinter verbergen, genau zu analysieren und sie zum Thema - zu einer öffentlichen Angelegenheit - zu machen.

Das machen unsere Darmstädter Unwort-Fotografinnen und -Fotografen heute zum zehnten Mal. Und erneut bieten sie uns damit die Möglichkeit, auf eine besondere Art und Weise einen Diskurs über diese öffentlichen Angelegenheiten zu führen.

In diesem zehnten Jahr der Ausstellung haben wir zudem die Möglichkeit, die bisherigen Unwort-Bilder erneut anzuschauen und in den Diskurs mit einzubeziehen.

Das ist Euer großes Verdienst, liebe Julia, Rahel, lieber, Albrecht, Andreas, Christoph, Jens, Nouki und Stefan:

Seit Jahren belässt Ihr es nicht bei einer Wort-Kritik, sondern regt Diskurse an um Dinge, die uns Wichtig sind, und um Dinge, die uns Angst machen. Deshalb ist das Gespräch darüber so wichtig!

Ängste sind oft der Grund für Vorurteile, falsche Überzeugungen oder für bestimmte Verhaltensweisen.

Es verwundert deshalb nicht, dass manche Personen nicht davor zurückschrecken, die Angst europäischer Bürgerinnen und Bürger um den Sozialstaat – also die Angst um ihre soziale Sicherheit - für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Der Sozialstaat ist eine europäische Innovation, die nicht nur zum - seit über 60 Jahre dauernden – Frieden in Europa beiträgt, sondern auch eine Bedingung ist, für wirtschaftliche Prosperität. Wirtschaft ist nicht gleichzusetzen mit ungezügelter Kapitalismus.

Denn technologische und soziale Innovationen und somit auch kultureller und zivilisatorischer Fortschritt gedeihen am besten, wenn sich Menschen in einem sicheren Umfeld bewegen; mit einem Minimum an sozialen Ängsten und Unsicherheiten. Diese Bedingungen lassen Menschen offen und neugierig sein, lassen sie Neues ausprobieren – Sicherheit ist somit eine Bedingung für kulturelle, also auch wirtschaftliche, Entwicklung.

Das wird oft übersehen, wenn wir über den Sozialstaat reden. Schon seit Jahren werden im Zusammenhang mit sozialer Sicherheit fast immer nur Ängste aktiviert. (Bisher am meisten profitiert hat davon die private Versicherungsbranche.)

Warum müssen wir heutzutage immer ein ungutes Gefühl haben, wenn wir an eine großartige Errungenschaft der menschlichen Zivilisation denken: den Sozialstaat!

Das ist das perfide an dem Begriff: „Sozialtourismus“:

Die deutsche Sprache erlaubt es, ein übles Vorurteil in einen Begriff zu packen, der uns Angst macht und gleichzeitig auf Schuldige zeigt.

Solange es den Sozialstaat gibt, wurde über Missbrauch diskutiert. Aber der Begriff „Sozialtourismus“ verweist auch auf eine Verschiebung des sozialen Konflikts (Mau: 2014), den der Sozialstaat in den letzten hundert Jahren eigentlich weitgehend befriedet hat.

Dem Sozialstaat und seine politischen Akteuren gelang es im 20 Jahrhundert den Gegensatz zwischen Oben und Unten zu entschärfen. Die Arbeitgeberverbände auf der einen Seite und die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften auf der anderen Seite waren die entscheidenden Akteure. Das heißt nicht, dass es keinen unermesslichen Reichtum mehr gibt, dem auch in Deutschland große Armut gegenübersteht.

Aber offensichtlich geht es in Europa nicht mehr um Oben oder Unten, sondern um Drinnen oder Draußen. Und um die Frage, wer darf dazugehören und unter welchen Bedingungen (ebd).

Paradoxerweise führte das in der Praxis, gepaart mit einer radikalen Marktlogik, zu einem Rückfall zu bereits überwunden geglaubte Formen der Ausbeutung.

Angesichts zahlreicher Fälle von systematischer Ausbeutung von Zuwanderern zum Beispiel durch Unternehmen der Fleischindustrie aber auch bei Leiharbeits- und Werksvertragsarbeitern und auch durch skrupellose Immobilienhaie, die ihnen primitive Behausungen zu horrenden Mieten überlassen“ (Butterwege:2014) fragt man sich zu Recht: Wer betrügt hier eigentlich wen?

Die Lüge, die mit der Verwendung von Begriffen wie „Sozialbetrug“ und „Sozialtourismus“ vollzogen wird, ist das Leugnen und Ignorieren von menschenverachtender Ausbeutung.

Visuell ergreifen die Bilder der diesjährigen Vernissage genau dazu ihr Wort und beziehen - wie ich finde - klar und deutlich Position!

Ich erlaube mir zu sagen - auch wenn Ihr es vielleicht anders sagen würdet: Das sind Eure bisher politischsten Bilder – gerade weil sie den Zusammenhang zeigen von zentralen und existenziellen menschlichen Angelegenheiten:

Arbeit, anständigem Leben und Glück.

Lassen Sie mich deshalb zum Schluss noch auf einen Aspekt eingehen, der mir besonders wichtig erscheint und der meiner Meinung nach bei der Begründung der Unwort-Auswahl wenig beachtet wurde.

Es ist nicht nur das Wort Tourismus, welches die Notlage derjenigen Menschen zynisch missachtet, die ganz legal - aber meistens nicht aus freien Stücken - zu uns kommen. Auch das Wort „Sozial“ wird in diesem Zusammenhang meiner Meinung nach unglaublich verkürzt und reduziert.

Der Begriff „Sozial“ wird heute fast nur noch im sozialversicherungstechnischen Sinne verwendet. Das Soziale sei also nur noch das, was die Sozialversicherung betrifft: die Arbeitslosen-, Kranken-, und Rentenversicherung. Und - wie ich eben schon andeutete - werden hier meist Ängste aktiviert.

Ein Sozialstaat ist viel mehr als Sozialversicherung: Es gehören Meinungsfreiheit ebenso dazu wie Respekt und Anerkennung von Minderheiten. Es gehören gute Bildung und anständige Arbeit ebenso dazu wie umfassende demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. (...kann dann mal so ausgehen wie in der Schweiz.)

Eine Alternative zum freien, offenen und heute transnationalen Meinungs austausch gibt es aber nicht.

Ein Meinungs austausch, auch über den eigenen Kulturkreis hinaus, ist der Beginn und die Grundlage für ein gemeinsames sinnhaftes, sicheres und als gelungen empfundenenes Leben.

Als Menschen existieren wir nur im Plural. Das ist die Grundlage des sozialen Wesens des Menschen. Wir brauchen einander. Das zeigt sich darin, dass wir Menschen uns einander helfen, dass wir teilen und dass wir uns gegenseitig informieren - besonders in Notlagen.

Den Kreis der Menschen denen gegenüber wir uns in diesem Sinne menschlich verhalten, müssen wir selbst bestimmen. Von der Familie über den Freundeskreis hinaus bis hin zu unseren Arbeitskollegen, die sich in der globalisierten Welt in vielen europäischen Ländern und darüber hinaus befinden.

Das sind unsere Zeitgenossen! Nur mit ihnen können wir gemeinsam Dinge verändern, die uns stören oder die uns Angst machen. Nur mit unseren Zeitgenossen können wir auch glücklich sein.

Und auch für diejenigen können wir Verantwortung übernehmen, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben den lebensgefährlichen Weg übers Mittelmeer nach Europa aufnehmen. Unser Leben hat oft mehr mit ihrer ausweglosen Situation zu tun als wir im Alltag wahrnehmen.

Um die aktuellen Probleme Europas praktisch zu lösen, sollten wir die soziale Grundlage des menschlichen Miteinanders wieder deutlicher mit einbeziehen:

Wir sind nicht nur in der Lage zwischenmenschlich und gütig zu handeln, sondern wir wollen es auch.

Das Vertrauen in die Mitmenschlichkeit ist ein beruhigendes, besseres, und sichereres Prinzip, als Abschottung und Angst vor Anderen und Fremden. Dieses Vertrauen in den menschlichen Mensch ist das beste Fundament für einen sozialen Staat, für ein soziales Europa und einer friedlichen und sicheren Welt.

Tunesische Fischer haben es uns vorgemacht:

Im August 2007 waren zwei Fischer mit Besatzung im Mittelmeer auf ein Schlauchboot mit 44 afrikanischen Flüchtlingen gestoßen. Trotz Notruf an die europäische Küste kam keine Hilfe und das Wetter war so schlecht, dass die Männer, Frauen und Kinder zu ertrinken drohten.

Die Fischer retteten das Leben der Menschen, indem sie die Erschöpften auf die Mittelmeerinsel Lampedusa brachten, die zu diesem Zeitpunkt näher war, als der tunesische Heimathafen.

Für diese menschliche Tat saßen sie über zwei Jahre auf der Anklagebank und wurden schließlich zu zweieinhalb Jahre Haft verurteilt.

Der Vorwurf: „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“.

Ihre Existenzen waren zerstört, man hatte ihnen die Hochseefischerei-Lizenzen entzogen und die Boote konfisziert, die lagen immer noch auf Lampedusa.

An den tunesischen Fischern wurde ein Exempel statuiert. Andere Fischer sollten gewarnt sein. Die Fischer in diesem Gewässer haben nun Angst, in die gleiche Situation zu kommen. Doch auch dieses Schicksal kann Mitmenschlichkeit und spontane Güte nicht zerstören. Denn: so einer der beiden verurteilten Fischer:

“Ich würde es wieder tun. Alles andere könnte ich niemals verantworten.”

Es ist nicht naiv, an das Menschliche zu glauben! Es ist notwendig, heldenhaft und sinnvoll! Diese Menschen haben unsere Hochachtung und all unseren Respekt verdient!

Meine lieben Unwort-Fotograf(inn)en, Liebe Gäste, liebe Freundinnen und Freunde.

Wo die Anschauung fehlt, gedeihen Vorurteile und falsche Selbst- und Weltbilder besonders gut. Dem können wir zusammen entgegenwirken:

Wir haben jetzt die Gelegenheit, die Unwort-Bilder anzuschauen, uns von ihnen berühren zu lassen und miteinander über unsere visuellen Eindrücke ins Gespräch zu kommen.

Ich wünsche dieser Jubiläums-Vernissage bis Sonntag und darüber hinaus viele Betrachter(inn)en und neben der Anschauung auch ganz viele Einsichten.

Uns einen schönen Abend und danke fürs Zuhören!

### Literatur/Internet:

- Brücker Herbert, Hauptmann Andreas, Vallizadeh Ehsan (2013): IAB – Kurzbericht, Nr. 16/2013, Arbeitsmigration oder Armutsmigration?
- Brücker Herbert, Hauptmann Andreas, Vallizadeh Ehsan (2013): IAB, Aktuelle Berichte, Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien, 23. Dezember 2013
- Butterwegge Christoph (2014): „Armutsimport“: Wer betrügt hier wen? In: Blätter für internationale Politik 2/2014
- Deutsche Welle am 19.11. 2009: <http://www.dw.de/tunesische-fischer-verurteilt/a-4898712-1>
- IG Metall, SOPOINFO, Nr. 23, Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien: Fakten statt Propaganda, Januar 2014
- Maffay Peter (2014): Über Rumänen und Rechtsradikale, „Es macht keinen Spaß, Exot zu sein“ in: Die Tageszeitung, 18.02.2014: <http://www.taz.de/!133199/>
- Mau Steffen (2014): Die neue Krankheit in: Süddeutsche Zeitung am 14. Februar 2014, S. 2
- Positionspapier des Deutschen Städtetages, Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, 14.02.2013: <http://www.staedtetag.de/fachinformationen/arbeit/066929/index.html>
- Rheinische Post, 23. Februar 2013: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/wer-hilfe-erschleichen-will-muss-deutschland-verlassen-aid-1.3214997>
- Roßocha Volker (2013: Informationen zur Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Europäischen Union, DGB Bundesvorstand (Hrsg.), Internet: <http://www.faire-mobilitaet.de/aktuell/++co++cefc74ee-97c2-11e3-a4e3-52540023ef1a>